

SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
Schulausschuss		
Sitzungsort Sitzungssaal, 2. OG, VG I, Hauptstraße 14		
Datum 11.02.2009	Beginn 17:10 Uhr	Ende 18:50 Uhr

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

Mitglieder

Flüshöh, Oliver	bis 18:15 Uhr
Grothoff-Blum, Christian	bis 18:40 Uhr
Gutknecht, Werner	Vertretung für Frau Karen Rüttershoff
Sartor, Christiane	bis 18:40 Uhr
Hortolani, Frauke Dr.	
Schmidt, Detlef	
Stobbe, Carina	
Tempel, Gabriele	
Garn, Elke	
Bockelmann, Christa	
Piepenbring-Steinig, Anneliese Dr.	

Sonstige Sitzungsteilnehmer

König, Vera
Niewel, Joachim

beratende Sitzungsteilnehmer/innen

Janousek, Heinz D.	bis 18:10 Uhr
Kirchhoff, Sigrid	
Krenz, Jutta	
Marold, Werner	
Mütze, Bernd	

Ratsmitglied als Vertreter

Gießwein, Brigitta	Vertretung für Herrn Marcel Gießwein
--------------------	--------------------------------------

Vorsitzender

Philipp, Gerd

Vertreter der Verwaltung

Voß, Jürgen

Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung

Dowidat, Christa
Striebeck, Thomas

Schriftführer/in

Lalic, Dieter

Abwesend:

Mitglieder

Rüttershoff, Karen

Schomburg, Christina

beratende Sitzungsteilnehmer/innen

Conte, Theresia

stellv. Vorsitzender

Hens, Bernd

Gießwein, Marcel

Zu Beginn der Sitzung stellt der Vorsitzende fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß eingeladen worden und beschlussfähig ist.

A Öffentliche Tagesordnung

- 1 Genehmigung der Niederschriften der Sitzungen vom 19.11.08 und 09.12.08
- 2 Fragen der Einwohner/innen an Ausschuss und Verwaltung
- 3 Raumsituation und Klassenbildung der Grundschule Nordstadt bei Aufgabe der Zweigstelle Linderhausen 022/2009
- 4 Unterbringung der Pestalozzischule (Förderschule) 007/2009
- 5 Etatberatungen zum Produktbereich 03 - Schulträgeraufgaben - für das Haushaltsjahr 2009
- 6 Mitteilungen
- 7 Fragen des Ausschusses an die Verwaltung

A Öffentliche Tagesordnung

1 Genehmigung der Niederschriften der Sitzungen vom 19.11.08 und 09.12.08

Abstimmungsergebnis: einstimmig: **X**
 dafür
 dagegen:
 Enthaltungen:

2 Fragen der Einwohner/innen an Ausschuss und Verwaltung

Herr Frank Blumberg, Schulpflegschaftsvorsitzender der Grundschule Nordstadt:
Die Buslinie 585 fährt morgens 2 x die Strecke zur Hattinger Straße. Einer der Busse ist relativ leer, der andere Bus ist schon am Schulgebäude Linderhausen überfüllt. Wie stellt sich die Verwaltung vor, wie die Kinder bei diesen Gegebenheiten ordentlich zur Schule kommen sollen?

Frau Dowidat weist darauf hin, dass ca. 40 Kinder zusätzlich den Bus nutzen müssten. Überprüfungen haben ergeben, dass die frühere Buslinie diese Personenzahl noch aufnehmen könnte, der spätere Bus allerdings stark gefüllt in Linderhausen abfährt. Es ist beabsichtigt, die Problematik mit der VER zu erörtern und nach einer sinnvollen Lösung zu suchen.

Frau Britta Hans, stellvertr. Klassenpflegschaftsvorsitzende 2 c:
Frau Hans fragt an, ob es nicht möglich ist, Gelder aus dem Konjunkturprogramm für die Einrichtung eines Schulbusses einzusetzen?

Herr Stadtkämmerer Voß teilt mit, dass dies nur für Investitionen vorgesehen ist.

Frau Hans fragt, wie die Kinder aus Linderhausen als Klassenverband im Gebäude Hattinger Straße eingegliedert werden sollen?

Der Vorsitzende, Herr Philipp, erklärt darauf hin, dass die Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Klassenbildung gleich Null sind. Formal kann der Schulausschuss hierzu keine Beschlüsse fassen.

Frau Hans erwartet eine zeitnahe Entscheidung und fragt Herrn Schulrat Niewel nach dem Ausgang des Gesprächs, das er mit der Schulleitung führen wollte.

Herr Niewel weist ausdrücklich darauf hin, dass die Klassenbildung als innere Schulangelegenheit in der alleinigen Zuständigkeit der Schulleitung liegt. Weder der Schulträger noch das Schulamt als Schulaufsicht kann in diese Angelegenheit der Schulleitung eingreifen.

3 Raumsituation und Klassenbildung der Grundschule 022/2009 Nordstadt bei Aufgabe der Zweigstelle Linderhausen

Frau Gießwein weist darauf hin, dass bei einer Bürgerversammlung in Linderhausen vor ca. 2 Jahren von der Verwaltung ausgeführt worden sei, dass die Probleme des Zubringerdienstes der Kinder nicht mit einem Linienbus gelöst werden können. Sie ist der Meinung, dass ggf. eine Begleitung zu organisieren ist, um den Kindern ein problemloses Erreichen der Schule zu ermöglichen. Die Verwaltung soll diesbezüglich Überlegungen anstellen.

Herr Schmidt fragt nach der Rechtslage zur Installation eines Schulbusses.

Herr Stadtkämmerer Voß weist auf die Finanzsituation der Stadt Schwelm hin, sagt aber zu, die Bussituation zu überprüfen.

Frau Garn fragt nach dem Schulbus, der die Kinder zur Kath. Grundschule fährt.

Frau Dowidat erklärt, dass dieser Schulbus seinerzeit von der Kath. Kirchengemeinde finanziert wurde und die Stadt als Schulträger auch nur einen Kostenanteil übernommen hat. Aber auch diese Buslinie wurde schon vor einigen Jahren eingestellt.

Frau Gießwein weist noch mal darauf hin, dass die Benutzung der Linienbusse durch kleine Kinder gefährlich ist.

Herr Schmidt fragt an, ob bei besserer Finanzlage der Stadt auch kein Bus eingerichtet würde?

Herr Voß erklärt, dass bei besserer Finanzlage sicher über die Einrichtung einer entsprechenden Buslinie nachgedacht würde.

Herr Philipp fasst zusammen, dass bezügl. der Frage des Zubringerverkehrs zwei Punkte festzuhalten sind. Einerseits wird das Protokoll Ausführungen über die Gefährlichkeit des Busverkehrs beinhalten und darüber hinaus wird der Schulträger in Gesprächen mit der VER nach einer Lösungsmöglichkeit suchen.

Zur Frage der Klassenbildung macht der Vorsitzende, Herr Philipp, den Vorschlag, die Resolution des Schulausschusses zurück zu ziehen, wenn die Eltern im Hinblick auf die Klassenbildung in die Gespräche der Schulleitung einbezogen würden.

Herr Niewel weist erneut ausdrücklich darauf hin, dass die Klassenbildung alleine Angelegenheit der Schulleitung ist und auch Eltern hieran nicht zu beteiligen sind.

Nach Aussagen von Frau Gießwein sollte es doch Möglichkeiten geben, die Eltern in irgendeiner Form einzubeziehen.

Herr Marold erklärt, dass alle Schulleitungen optimale Verhältnisse für ihre Schulen erwarten. Die Schulleitung hat aber nur dann einen gewissen Bewegungsspielraum, wenn ausreichende Lehrerzahlen zugewiesen würden.

Nach Aussage von Herrn Philipp müssen sich die Äußerungen von Frau Gießwein und Herrn Marold nicht gegenseitig ausschließen.

Bis zur nächsten Schulausschusssitzung im Mai wird feststehen, ob intelligente Lösungen gefunden wurden.

4 Unterbringung der Pestalozzischule (Förderschule) 007/2009

Herr Flühöh teilt mit, dass die CDU-Fraktion noch Gesprächsbedarf mit der Schulleitung der Förderschule habe und deshalb heute keine Entscheidung treffen werde.

Herr Voß erklärt, dass die Vertagung der Entscheidung auf die Mai-Sitzung möglich ist.

Frau König, Schulrätin für die Förderschulen beim EN-Kreis, führt hierzu aus, dass die Förderschule doch bereits in ihrer Stellungnahme eine klare Aussage gemacht hat und sie für weitere Fragen vor dem Hintergrund einer möglichen Vertagung keinen Bedarf sieht.

Herr Philipp weist darauf hin, dass die Vorlage Fakten beinhaltet, über die auch heute schon diskutiert werden kann.

Vor diesem Hintergrund fragt Frau Gießwein, ob Herr Flühöh nun einen Vertagungsantrag stellt oder nicht.

Herr Flühöh ist mit der Erörterung der Vorlage einverstanden, wenn die Beschlussfassung auf Mai verschoben wird. Falls dies nicht möglich ist, so wird er einen Vertagungsantrag stellen.

Der Ausschuss ist mit der heutigen Erörterung und Beschlussfassung im Mai einverstanden.

Frau Dr. Hortolani fragt nach den entstehenden Kosten für die Unterbringung der Förderschule im Gebäude Ländchenweg 8. Insbesondere die Kosten für den Bau einer Zaunanlage werden erfragt. Diese sind ja bereits für die Sicherung der Hauptschule Ost schon einmal vor ca. 2 Jahren ermittelt worden.

Herr Voß führt aus, dass über die Kosten zum jetzigen Zeitpunkt keine Angaben gemacht werden können. Auch die seinerzeit ermittelten Zaunkosten sind bisher nicht aktualisiert worden.

Herr Philipp weist auf zwei Aspekte hin:

Zum einen sollte die Förderschule die Möglichkeit haben, jederzeit eine Sporthalle zu nutzen. Zum anderen muss verhindert werden, dass Schüler(innen) spontan auf die stark befahrene Frankfurter Straße laufen können.

Frau König bestätigt die Probleme auf Nachfrage von Herrn Flühöh und erläutert den oft spontan einsetzenden Bewegungsdrang der Förderschulenschülerinnen und –schüler. Sie weist an dieser Stelle darauf hin, dass es bei der erforderlichen Zaunanlage nicht um die Sicherung eines Gebäudes geht, so wie seinerzeit bei der Hauptschule Ost angedacht. Hier geht es vielmehr darum, die Kinder zu schützen.

Frau Gießwein fordert die alleinige Nutzung der Sporthalle für die Förderschule, was auch von Frau König unterstrichen wird. Die Bedürfnisse der betroffenen Kinder nach

Bewegung sind sehr groß, treten oft spontan auf und sollten nach Möglichkeit bis in den Freizeitbereich hinein durch die jederzeitige Nutzung der Sporthalle sichergestellt werden.

Frau Dowidat weist darauf hin, dass die Sporthalle auch weiterhin der Realschule zur Verfügung stehen muss, da die erforderlichen Sporteinheiten der Realschule in der eigenen Halle nicht abgedeckt werden können.

Herr Flüshöh geht davon aus, dass dies bei sinnvoller Gestaltung der Stundenpläne auch weiterhin möglich sein müsste.

Frau Dowidat erklärt, dass die Realschule auch heute schon feste Belegungszeiten in der Halle hat und diese auch weiterhin beibehalten werden sollen.

Frau Gießwein erläutert noch mal, dass die Schulleiterin der Förderschule erklärt hat, dass es sinnvoll sei, die Sporthalle der Förderschule allein zur Verfügung zu stellen.

Herr Voß weist auf die jetzt veränderte Situation hin, nachdem der Standort der Förderschule nicht in der Holthausstraße sondern am Ländchenweg in unmittelbarer Nachbarschaft zur Realschule beschlossen wurde. Auf Grund der Hallengröße und der techn. Voraussetzungen ist auch die Teilung der Halle möglich. Hierdurch sind weitere Nutzungsmöglichkeiten gegeben. Auch die im Gebäude noch zur Verfügung stehenden weiteren freien Räume können hier in die Überlegungen mit einbezogen werden.

Frau Gießwein fragt an, warum die Realschule überhaupt noch Räume im Gebäude Ländchenweg 8 nutzen muss. Bei der Überlegung, die Hauptschule dort unterzubringen, sei die Nutzung durch die Realschule doch auch nicht mehr nötig gewesen.

Frau Dowidat weist darauf hin, dass die Realschule mit ihrer neuen Konzeption für die Übermittagsbetreuung zusätzliche Räume benötigt, die ihr im eigenen Schulgebäude nicht zur Verfügung gestellt werden können.

Herr Voß weist auf die neue Entwicklung in diese Richtung hin, nachdem klar wurde, dass die Hauptschule in der Holthausstraße untergebracht wird und die Realschule auch die Einrichtung eines für die Übermittagsbetreuung erforderlichen Mensabetriebs anstrebt.

Herr Mütze weist als Vertreter der Realschule darauf hin, dass die Realschule neben den Klassenräumen ja auch 2 Chemiefachräume im Gebäude Ländchenweg 8 regelmäßig nutzt. Dies wird auch weiterhin der Fall sein. So wie diese Fachräume so werden auch die Klassenräume weiterhin benötigt. Er führt weiter aus, dass die Realschule die Sporthallenkapazitäten auch weiterhin benötigt, da der Sportunterricht auch schon bei der jetzigen Stundenzahl von 12 Unterrichtsstunden nicht ausreicht, um den gesamten lehrplanmäßigen Sportunterricht zu erteilen. Er sieht auch keine Probleme auf die Realschule zukommen. Immerhin habe das System der unterschiedlichen Schulformen nebeneinander in den vergangenen 30 Jahren ohne Probleme funktioniert. Er geht davon aus, dass dies auch mit der Förderschule so weiter praktiziert werden kann. Im Hinblick auf die Übermittagsbetreuung hat die Realschule bereits in der Sitzung von November 2008 darauf hingewiesen, dass der Status quo weiter benötigt wird.

Herr Philipp widerspricht der Aussage von Herrn Mütze, dass in der Dezembersitzung des SchulA beschlossen worden sei, dass die Realschule zukünftig Räume im bisherigen Hauptschulgebäude Ost „mindestens“ im bisherigen Rahmen nutzen könne.

Frau Gießwein geht davon aus, dass alle Fragen bis zur Schulausschusssitzung im Mai geklärt werden.

5 Etatberatungen zum Produktbereich 03 - Schulträgeraufgaben - für das Haushaltsjahr 2009

Dem Schulausschuss wird der Produktplan des Produktbereichs 3 „Schulträgeraufgaben“ vorgelegt.

Frau Gießwein erklärt, dass sie mit dem vorgelegten Etat nicht so richtig etwas anfangen kann, da dieser sehr unübersichtlich ist. So kann sie z. B. auf der Seite 2120 nichts über den zweiten Bauabschnitt der Dacherneuerung an der Grundschule Westfalendamm finden.

Herr Voß erklärt darauf hin, dass er auch die Ausführungen des Herrn Marcel Gießwein im Jugendhilfeausschuss bereits zum Anlass genommen habe, bezüglich der Kenn- und Messzahlen weitere Informationen einzuholen. So haben auch Städte, die schon länger mit dem NKF arbeiten bis heute weniger Kennzahlen in ihrem Etat als es in Schwelm jetzt im 2. Jahr mit NKF bereits der Fall ist.

Die aus dem Ausschuss auftretenden Fragen zum Aufbau und zur Transparenz des Etats werden von Herrn Voß beantwortet. Er macht deutlich, dass die Schwierigkeiten mit dem neuen Zahlenwerk nicht nur in der Politik bestehen, sondern auch in der Verwaltung erst richtig umgesetzt werden müssen. So wird künftig das noch aufzubauende Berichtswesen einen wesentlichen Bestandteil der Finanzwirtschaft ausmachen. Bereits bei Einführung des NKF hat er darauf hingewiesen, dass ein funktionierendes neues Finanzwesen erst nach einer längeren Laufzeit aufgebaut werden kann. Dies kann bis zu 5 Jahre dauern. Besondere Probleme hat die Überleitung des früheren Vermögenshaushalts in den heutigen Finanzplan bereitet, da der Finanzplan des NKF mit dem früheren Vermögenshaushalt nicht übereinstimmt. Zum Beispiel werden Maßnahmen, die früher vermögenswirksam veranschlagt wurden, heute als unterlassene Instandhaltung dem konsumtiven Haushalt zugewiesen. Zu den Unklarheiten weist Herr Voß darauf hin, dass er selbstverständlich auch weiterhin den Fraktionen für Fragen zur Verfügung steht, wovon in der Vergangenheit auch regelmäßig Gebrauch gemacht wurde.

Herr Grothoff-Blum fragt an, ob es nicht mal möglich ist, eine Schulung für die Politik durchzuführen.

Frau Gießwein kritisiert die mangelnde Einbeziehung der Politik.

Herr Voß verweist auf die seinerzeit durchgeführten Informationsveranstaltungen für die Politik und erklärt, dass der Rat auch über weitere Informationsveranstaltungen entscheiden müsse. Es sollte dann aber auch ein entsprechender Fragenkatalog erarbeitet werden.

Frau Sartor stellt fest, dass der Kämmerer regelmäßig für Fragen innerhalb der Fraktionen zur Verfügung steht. Ob vor diesem Hintergrund weitere Informationsveranstaltungen sinnvoll sind, stellt sie in Frage.

Herr Philipp fasst zusammen, dass der Verwaltung die Schwierigkeiten mit dem Etat klar geworden sind.

Herr Voß stellt abschließend noch mal fest, dass hier nicht das Berichtswesen mit der Planung verwechselt werden darf.

Der Schulausschuss nimmt den Produktplan des Produktbereichs 3 zur Kenntnis.

6 Mitteilungen

Frau Dowidat weist darauf hin, dass die Liste der Lernanfänger für das kommende Schuljahr 2009/2010 heute verteilt worden ist.

7 Fragen des Ausschusses an die Verwaltung

Herr Philipp fragt nach dem Stand des Konjunkturprogramms 2. Er geht davon aus, dass die in der Vergangenheit erstellten Projektlisten jetzt auch in die Überlegungen zur Umsetzung des Konjunkturprogramms einbezogen werden.

Herr Voß erklärt, dass die entsprechenden Listen vorhanden sind und auch einbezogen werden. Allerdings hat sich gerade erst eine neue Situation ergeben, die die Umsetzung des Programms doch erschwert. Ausgangspunkt ist der Art. 104 b des Grundgesetzes. Dieser Artikel regelt, wann der Bund Geld für die Kommunen zur Verfügung stellen kann. Dies ist immer nur dann möglich, wenn der Bund für die Maßnahmen auch eine Gesetzgebungskompetenz besitzt. Dies ist zum Beispiel bei der Ausstattung von Schulen nicht der Fall, so dass hier alle angestellten Überlegungen verworfen werden mussten. Die Verwaltung stellt derzeit einen Katalog von Maßnahmen zusammen, die in das Programm passen können. Es sind sehr genaue Überlegungen anzustellen, da jede einzelne Maßnahme in Arnsberg beantragt werden muss. Auch sollen hierdurch spätere Rückforderungen ausgeschlossen werden.

Derzeit werden in erster Linie Maßnahmen im Hinblick auf Energie sparen, Umweltrecht und Jugendhilferecht überprüft.

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 10 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Schwelm, den 16.02.2009

Vorsitzender
gez. Philipp

Schriftführer
gez. Lalic